

Die Zukunft von Hamburg heißt Bildung für alle!

Stellungnahme des Instituts für Soziologie der HSU zum Volksentscheid zur Verlängerung der Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre

In Hamburg ist ein Konflikt um die Verlängerung der Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre entbrannt, der Facetten eines Kultur-, wenn nicht gar Klassenkampfes angenommen hat. Auf den Straßen und in den Medien sind Kampagnen um die Gunst der Wähler im vollen Gang. Am 18. Juli wird in einem Volksentscheid darüber befunden, ob die geplante Schulreform nach den Plänen von Senat und Bürgerschaft durchgeführt werden kann.

Der Anlass für die Heftigkeit der Auseinandersetzung liegt nicht allein im Pro und Contra der pädagogischen Argumente zur Einführung eines Modells verlängerter Grundschulzeit, das in den meisten, darunter auch in den im Leistungsvergleich besonders erfolgreichen europäischen Ländern seit langem praktiziert wird. Die Gründe liegen tiefer. In unserem gegliederten Schulsystem mit seinen ungleichen Förderkulturen und der engen Koppelung von Abschlüssen und Arbeitsmarktchancen werden Privilegien von gesellschaftlichen Schichten „ständisch“ verstetigt. Schon in der Vergangenheit sind in Deutschland Schulreformen auf Skepsis und Widerstand gestoßen. Bereits die Einführung der vierjährigen Grundschule für alle Kinder in der Weimarer Republik war Resultat eines zähen Ringens. Der immense Erfolg der Bildungsexpansion in den sechziger und siebziger Jahren wurde von lauten Klagen über die unnötige Akademisierung des Nachwuchses übertönt. Faktisch gelang es damals Deutschland, seinen Rückstand an qualifizierten Arbeitskräften zu überwinden, die Wirtschaft zu modernisieren und die Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu steigern. Der Ausbau der sekundären Bildungsinstitutionen und die Einführung der Gesamtschule hatten den Zugang zur Mittleren Reife und zum Abitur und damit zur Universität geöffnet. Immer mehr Schüler nutzten diese Möglichkeiten. Das Abitur war nun nicht mehr nur einem kleinen exklusiven Kreis von 6% (1960)

eines Jahrgangs zugänglich, sondern 27% (2003) – mit der Folge, dass das Gymnasium zur „heimlichen Hauptschule“ mutierte (Rainer Geißler). Besonders den Mädchen kam die Förderung zugute. Sie bauten sukzessive ihre Bildungsbe- teiligung aus. Heute schneiden sie im Vergleich schulischer Leistungen besser ab als die Jungen. Im Nachhinein wird erkennbar: Vor allem die oberen und mittleren Schichten, Selbstständige, Beamte, leitende und qualifizierte Ange- stellte, gehörten zu den Bildungsgewinnern. Sie schickten vermehrt ihre Kinder zum Gymnasium, während die unteren Schichten ihre Bildungsbeteiligung vor- wiegend in Hinblick auf die Realschule verbesserten. Soziale, durch die familiä- re Herkunft bedingte Ungleichheiten bei den Schülern blieben weiterhin relevant beim Zugang zu weiterführenden Schulen und kanalisiert deren Chancen am Arbeitsmarkt. Am Arbeitsmarkt entflammte ein Verdrängungskampf, in wel- chem die Schulabgänger mit den niedrigeren Abschlüssen das Nachsehen hatten.

Waren die Jahre der Bildungsexpansion durch starkes Wirtschaftswachstum und Zuwächse an gesellschaftlichem Wohlstand gekennzeichnet, so markieren der- zeit geringes Wachstum, verschuldete öffentliche Haushalte, Finanzkrisen, Kür- zungen im Netz sozialer Sicherung (dessen Leistungen teilweise von Statuser- halt auf Armutsvermeidung umgestellt wird) und verschärfter Konkurrenzdruck auf den Märkten die gesellschaftliche Entwicklung. Quer durch die Bevölkerung wächst die Angst, dass der erreichte Wohlstand gefährdet ist und sicheres Aus- kommen künftig schwerer zu erlangen sein wird. Bei zunehmender Spreizung der Haushaltseinkommen fürchtet auch die Mittelschicht, ihre Kinder könnten unversehens auf die Verliererseite geraten. In dieser Situation entflammt ein scharfer Konkurrenzkampf um die Bildung. Bildung wird zum äußerst begehrten Gut, welches zu Aufstiegschancen, Selektions- und Platzierungsvorteile und Distinktionsmerkmale im Wettbewerb um die angestrebten raren Plätze auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft verhilft. Insbesondere die mittleren Schich- ten sehen ihre Ambitionen auf Status und Einkommen eng verknüpft mit ihren Investitionen in eine erfolgreiche Bildungskarriere und setzen dafür ihre finanzia-

ellen und kulturellen Ressourcen ein. Sie verstärken daher den Druck auf die Schulen und auf ihre Kinder. Im Angesicht einer solchen Mobilisierung fühlen sich Teile der Bevölkerung von vornherein auf der Verliererseite „abgehängt“. Immer mehr Jugendliche verlassen entmutigt ohne Abschluss die Schule.

Die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen sollen die Kinder optimal fördern. Aber vielerorts regieren in den Schulen Mängelverwaltungen, Personalnot und Modernisierungsdefizite, insgesamt also knappe Ressourcen, die ihnen die Länder aus ihren immer umkämpften Haushalten abzweigen. Außerdem: Die sozialen Differenzierungen in den Wohnbevölkerungen größerer multikulturell geprägter Städte wie Hamburg kommen in den unterschiedlichen kognitiven, sprachlichen, sozialmoralischen, emotionalen, physischen und psychischen Voraussetzungen der Schüler zum Ausdruck. Unter diesen Bedingungen funktioniert eine strenge institutionelle Trennung von Erziehungsfunktionen (durch die Familien) und Bildungsfunktionen (durch die Schulen) nicht mehr, wie sie nur für Deutschland typisch war. Wir benötigen stattdessen ein modernes Verständnis von übergreifendem Lernen und dessen Umsetzung erfordert Zeit, mehr Zeit als in vier Jahren Halbtagschule zur Verfügung steht.

Die Halbtagschule lässt zu wenig Raum, um die Schüler besser und individueller zu fördern, ihre Begabungen zu entdecken. Im Gegenteil: Die Halbtagschule verlagert Bildungsfunktionen wie die Vorbereitung und die Nacharbeit des Lernstoffs zurück in die Familie und setzt, wie selbstverständlich, voraus, dass personelle und/oder finanzielle Ressourcen dafür bereitstehen. Gerade in den Mittelschichten finden sich immer weniger durch das traditionelle Hausfrauen-Familienernährer-Modell geprägte Lebensformen. Familien mit höherem Einkommen investieren daher in die vielfältigen Angebote des Nachhelfemarkts und der Unterrichtsindustrie. Sie kompensieren auf diese Weise die Defizite der Schulen und erreichen Leistungsvorteile gegenüber den Schülern, die daheim keine zusätzlichen Hausaufgabenhilfen erfahren. Dieses Privileg wird jedoch mit dem hohen Preis bezahlt, dass für viele Kinder ihr Zuhause zur Außenstelle

der Schule wird, deren Leistungsdruck dort weiter besteht. In Deutschland findet man in vielen Klassen Schüler, die durch ihr soziales Umfeld, vor allem von ihren Eltern, so intensiv gefördert werden wie keine Generation vor ihnen, neben emotional und kulturell völlig unterversorgten Mitschülern. Phantastische, bunte Schulwelten existieren neben lieb- und farblosen Einrichtungen, deren Schüler, Eltern und Lehrer resigniert haben. Den Bildungsvorsprung der anderen, vielfach Geförderten werden sie nicht, vielleicht niemals aufholen.

Die öffentlichen Schulen sind die entscheidenden Institutionen, die für die Schüler in einer rasch sich wandelnden modernen Welt einen so dringend benötigten Ausgleich schaffen können. Sie müssen sich darauf besinnen, dass ihr Auftrag in der konsequenten Förderung aller Kinder liegt. Dazu bedarf es geeigneter Schulformen, die Kinder nicht aussortieren oder zurücksetzen, sondern allen Schülern genügend Zeit und Aufmerksamkeit bieten. Nicht eifersüchtige Abschottung, sondern Gemeinschaftsgeist gilt es zu pflegen!

Zu Recht sind die Bürger der wachsenden Stadt Hamburg stolz, kühne Projekte wie die Hafencity und die Elbphilharmonie zu realisieren, die zunächst einmal den oberen Schichten zugute kommen. Zugleich haben sich die Lebensbedingungen in den ärmeren, kinderreichen Stadtteilen nicht verbessert. Es widerspricht aber dem Selbstverständnis der liberalen Hansestadt und dem sozialen Sinn ihrer Bürger, die Privilegien der eigenen Schicht über das Wohl der Gemeinschaft zu stellen. Eine besondere Verantwortung der Wähler und Wählerinnen besteht auch deshalb, weil die Schulreform vielen Schülern mit Migrationshintergrund zugute käme, deren Eltern, ohne im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft zu sein, zur Wahl nicht zugelassen sind und somit nicht die Interessen ihrer Kinder vertreten können.

In modernen Metropolen wie in Hamburg, in denen viele traditionelle Formen des Zusammenhalts erodieren, kommt den Schulen eine besondere Bedeutung

für die Bildung der Identität der Kinder als ich-starke Individuen und als aktive Glieder einer Gemeinschaft zu. Die Schulen zu stärken, trotz klammer Haushaltslage, ist die zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe: ihnen als auf sechs Jahre verlängerte Grund- und Ganztagschulen mehr Zeit und Raum zu geben, ohne sie bürokratisch Top-Down zu überfrachten. Auch ist zu bedenken: Die sozialen Kosten werden hoch sein, die die Bürger künftig zu zahlen haben, wenn sie sich für den kurzfristigen Selektionsvorteil entscheiden, der zwar einigen Schülern zugute kommt, aber gegen die bessere Förderung aller Schüler. Später werden wir beurteilt werden, ob wir uns dafür eingesetzt haben: No child left behind.